

alle Individuen von diesen Ungleichheiten profitieren (im Vergleich zur maximalen Gleichverteilung), kann man diese ungleichen Verteilungen nicht ungerecht nennen, sie sind gerechtfertigt. Das Effizienz-Kriterium sagt uns zwar, dass die maximale Gleichverteilung kein befriedigender Zustand ist, es sagt uns aber nicht, welche von den Ungleichverteilungen, die alle besser stellen, vorzuziehen ist. John Rawls macht den Vorschlag, dies an der Situation der am schlechtesten gestellten Person auszurichten.

Jede vernünftige Theorie der Gerechtigkeit zeichnet nur solche Verteilungen als gerecht aus, die effizient sind. Gerechtigkeit ist »Pareto-inklusiv«. Gemeint ist: Das Effizienz-Kriterium wird durch jedes ver-

nünftige Gerechtigkeitskriterium erfüllt. Daraus ergibt sich aber nicht im falschen Umkehrschluss, dass alle effizienten Verteilungen gerecht sind! Effizienz garantiert keine Gerechtigkeit wie unser Kuchenbeispiel eindrücklich gezeigt hat. Gerechtigkeit impliziert aber Effizienz.

Der ideale Markt führt zu effizienten Verteilungen. Daraus können wir aber nicht schließen, dass der ideale Markt zu gerechten Verteilungen führt. Wir wissen aber, dass alle gerechten Verteilungen effizient sind. Der Markt ist ein gutes Instrument, um Ineffizienzen zu beheben. Gerechtigkeit und Effizienz sind keine Gegensätze. Gerechtigkeit verlangt nach Effizienz. Effizienz allein reicht nicht aus, um Gerechtigkeit zu garantieren. ■

Christophe Sente

## Genossenschaften – der neue Dritte Weg der sozialen Demokratie?

*Über einen längeren Zeitraum hat auch die europäische Sozialdemokratie mit dem Neoliberalismus geliebäugelt und das Ziel der Wirtschaftsdemokratie aus den Augen verloren. Die Krise und die soziale Irrationalität der Finanzmärkte geben aber nun Anlass, sich das Genossenschaftskonzept wieder ins Gedächtnis zu rufen. In vielen Teilen Europas hat sich dafür der Begriff des Mutualismus bzw. seine jeweilige landessprachliche Entsprechung im Sinne einer Wirtschaftsverfassung auf gleichberechtigter Gegenseitigkeit eingebürgert. Unser Autor wirbt für eine neue Debatte über dieses spannende Konzept.*

Seit Eduard Bernstein den Sozialismus als »organisierten Liberalismus« verstand, werden immer wieder neue Modelle eines so genannten »Dritten Weges« präsentiert, die sich zwischen der Utopie eines hayekschen Marktmodells und der des Zerfalls der Staatsmacht im Sinne Rousseaus in eine Verwaltung von Dingen nach Henri de Saint-Simon bewegen. Als Schaffensfrüchte politisch engagierter Intellektueller wie Hendrik de Man, Willi Eichler, Anthony Giddens oder Eduard Bernstein selbst haben diese konzeptionellen Ansätze dazu



**Christophe Sente**

(\* 1969) promovierte an der Université Libre de Bruxelles und ist Mitglied des belgischen Think Tanks *Gauche Réformiste Européenne*, der an die FEPS (Foundation for European Progressive Studies) angegliedert ist und zu deren Next Left-Programm beitrug.

christophesente@gmail.com

geführt, dass die Wahldiskurse und Strategien der Parteien im Rahmen eines Kapitalismus, der im Laufe des 20. Jh. immer wieder sein Gesicht veränderte, zunehmend

hinterfragt und verändert wurden. Wie die kürzlich in der britischen Fabian Society und im Think Tank Policy Network eröffnete Debatte über den Stellenwert des mutualistischen Gedankens, also der gegenseitigen ökonomischen Unterstützung der Arbeiter als Hauptmittel der Wahrung ihrer Interessen, für das Konzept der sozialen Demokratie im 21. Jh. zeigt, liegt die europäische Linke, derzeit zwar durch die jüngsten Wahlniederlagen schwer angeschlagen, keineswegs am Boden, auch wenn diese Rückschläge angesichts der weltweiten Finanzkrise, die ihr eigentlich hätte Auftrieb geben müssen, besonders schmerzlich waren. Bevor jedoch der mutualistische Gedanke als wirkungsvolles Mittel der Progressiven zur Bewältigung der Herausforderungen einer sich stetig wandelnden Welt herangezogen werden kann, muss er grundlegend neu definiert und weiterentwickelt werden. Nur dann wird dieses Konzept überzeugen können.

### Ursprung und Inhalt der Idee

Der mutualistische Gedanke stammt zwar aus den sozialdemokratischen Anfängen, ist deshalb aber noch lange nicht überholt. Im 19. Jh. durchaus überzeugend von Pierre-Joseph Proudhon vertreten und dann im Genossenschaftswesen zum Ausdruck gebracht, bildete er die erste Grundlage für solidarisches Handeln der Individuen untereinander, das das Streben nach persönlichem Profit in den Hintergrund stellt.

Die praktische Umsetzung dieser Philosophie soll dadurch erreicht werden, dass das Unternehmenseigentum vollständig und zu gleichen Teilen an die ihm Angehörigen übertragen wird. Ein solcher Wirtschaftsverband, die Alternative zur Aktiengesellschaft, wird durch die Ausstattung der Genossenschaftsmitglieder mit einem Wahlrecht vervollständigt. Die Mitglieder sind, je nachdem, ob es sich um eine Produktions- oder Verbrauchsgenossenschaft

handelt, selbst Arbeitskräfte oder direkte Nutznießer der mutualistischen Aktivitäten. Keine Branche ist von vornherein von diesem Genossenschaftsprinzip ausgeschlossen. Proudhon selbst hat sich insbesondere für dessen Anwendung auf den Bankensektor ausgesprochen.

In der ersten Hälfte des 20. Jh. hielten die Genossenschaften den kritischen Stimmen der extremen Linken stand, die ihnen eine allzu starke Anpassung an die Marktwirtschaft bis hin zur »Bourgeoisierung« der Massen vorwarf. Trotz der etatistischen Neuorientierung im Regierungsverständnis der progressiven Kräfte nach dem Zweiten Weltkrieg sind sie nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden. Vielmehr wurden sie zu den vergessenen Vorläufern einer europäischen Sozialdemokratie, die an den zwischen den politischen Parteien und Gewerkschaften geknüpften Banden festhalten will. Je nach nationalem Kontext ereilte sie sehr unterschiedliche Schicksale. In Großbritannien beispielsweise bestanden sie in einer Vielzahl von Branchen (Banken, Bauwerke) fort. Dies gelang ihnen durch die Entschärfung ihrer Ideologie und die Annäherung ihrer internen Struktur an kapitalistische Industriestandards. In Belgien integrierten sie sich in der Verwaltung des Gesundheitswesens teilweise in die sozialstaatlichen Strukturen. In Frankreich, wo nach 1968 das Selbstverwaltungsprinzip und die Kritik an der Massenproduktion populär wurden, gewannen sie in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie wieder an Bedeutung, allerdings getrennt von der sozialistischen Bewegung. Gleichzeitig unternahm Jacques Delors unter Berücksichtigung der unterschiedlichen politischen Lager auf nationaler Ebene den Versuch, den Genossenschaften zu einem europäischen Rechtsstatus zu verhelfen, um die Märkte nicht völlig den Aktiengesellschaften zu überlassen. Doch seine föderalistische Strategie war nicht von Erfolg gekrönt.

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts war der Begriff des Mutualismus kaum

noch ideologisch besetzt, so dass sich auch die britischen Konservativen seiner bedienten. David Cameron benutzte ihn zur Rechtfertigung für seine Sparpolitik – insbesondere anlässlich der Gegenüberstellung der staatlichen Verwaltungskosten mit den Ressourcen des »self-government« der Bürger. Mit gutem Recht hat sich Ed Milliband für ein Ende dieser Erbschleichelei ausgesprochen. Heute geht es für die Linke nicht nur darum, für sich den alleinigen Anspruch auf ein mutualistisches Programm zu erheben, oder darum, den Spuren Michael Tomasellos folgend, zu beweisen, dass das Individuum nicht per se egoistisch handelt, sondern – mehr als die Vertreter anderer Spezies – zu kollektivem Handeln fähig ist.

Sollte die europäische Sozialdemokratie nach dem Vorbild der Labour Party eine Korrektur des Kapitalismus hin zum Mutualismus in ihr Programm aufnehmen, wird sie sich mit drei Gefahren konfrontiert sehen. Die erste besteht in einer Politik der Defensive, die lediglich den Fortbestand bestehender Genossenschaften verfolgt. Eine solche Politik mag nötig sein, wenn eine neoliberale, die Privatwirtschaft begünstigende Auslegung des europäischen Wettbewerbsrechts die bisherigen Errungenschaften gefährden würde, insbesondere bei der Verwaltung der Krankenkassen. Aber eine Konsolidierung des europäischen Status der Genossenschaften reicht sicher nicht aus, da diese Rechtsform selbst auf nationaler Ebene noch zu schwach vertreten ist, um eine strategische Stellung in der Produktion von Waren und Dienstleistungen einzunehmen oder eine Rolle bei der Neuordnung des sozialen Bindungsgefüges in den von Anomie bedrohten Gesellschaften zu spielen.

Die zweite Gefahr besteht darin, die Bildung von Genossenschaften auf lokale öffentliche Einrichtungen und den Nicht-Markt-Sektor zu beschränken. Der Anspruch der Selbstverwaltung der europäischen Linken von Proudhon bis Michel

Rocard beschränkte sich zu keinem Zeitpunkt auf die Bildung einer »Sozialwirtschaft« innerhalb der kapitalistischen Produktionsabläufe. Vielmehr hatten sie die Ausdehnung des demokratischen Prinzips von der nationalen parlamentarischen Bühne auf die Wirtschafts- und Sozialsysteme zum Ziel. Mit anderen Worten: Im Mutualismus- bzw. Genossenschaftskonzept kommt das Ziel der Wirtschafts-Demokratie zum Ausdruck, das die europäische Sozialdemokratie seit den Vorstößen im Deutschland der 50er Jahre im Bereich der Mitbestimmung aus den Augen verloren hatte. Die soziale Irrationalität der Finanzmärkte sollte Anlass geben, sich das wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Die dritte Gefahr besteht darin, die internationale Tragweite der mutualistischen Bewegung zu unterschätzen. Die Weiterentwicklung der historischen Forderung nach einer industriellen Demokratie ist notwendig, um die »corporate governance« der Unternehmen der nördlichen Hemisphäre zu reformieren und mit Hilfe der Arbeitskräfte und Verbraucher ein Gegengewicht zu den Vertretern der Interessen der Aktionäre zu schaffen. Ebenso wichtig ist der Export dieses Wirtschaftsmodells in die Schwellenländer, und zwar nicht nur im Hinblick auf eine gerechte lokale Entwicklungsförderung, sondern auch mit dem Ziel, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht als Schauplätze zu sehen, an denen jeder gegen jeden kämpft, sondern als Raum, der für Kooperation und Gegenseitigkeit Platz lässt.

Wenn sich die Sozialdemokratie also nach zu lange gepflegten Bündnissen mit dem neoliberalen Monetarismus wieder den genossenschaftlichen Gedanken auf die Fahnen schreibt, wird sie zu einem nationalen Wirtschaftsprogramm mit internationaler Ausrichtung zurückfinden und dabei ihrer historischen Identität treu bleiben.

*(Aus dem Französischen vom Übersetzungsbüro Macfarlane International Business Services.) ■*